

Bhutan im Überblick

zusammengestellt von Yeşim Paçal

Stärkung der Wirtschaft durch die Asian Development Bank

Die Asiatische Entwicklungsbank (Asian Development Bank, ADB) hat Anfang Juni 2015 entschieden, dem Land Bhutan einen Gesamtbetrag von 36,2 Millionen US-Dollar (circa 32,6 Millionen Euro) zur wirtschaftlichen Stabilisierung zur Verfügung zu stellen. Dies ist bereits die zweite Zahlung im Rahmen eines Stabilisierungsprogramms, welches die multilaterale Bank umsetzt. Cigdem Akin von der ADB-Südasiendelegation sieht Verbesserungspotenzial in erster Linie im makroökonomischen Management, der Entwicklung des privaten Sektors und des Infrastrukturausbaus. Weitere Ziele sind die Anpassung der Einkommensverwaltung sowie Bankenregulierungen. Die bhutanische Regierung wird sich an diesem Programm mit zusätzlichen 49,3 Millionen US-Dollar (circa 44,3 Millionen Euro) beteiligen. Die ADB besteht aus 67 Mitgliedsstaaten und wurde 1966 durch die Vereinten Nationen gegründet.

Baumpflanzung im Rekord

Zu Ehren des ehemaligen Königs Jigme Singye Wangchuck, der in diesem Jahr seinen 60. Geburtstag feiert, versammelten sich 100 Freiwillige am 01.06.2015 in der Hauptstadt Thimphu und pflanzten in nur einer Stunde 49.672 Bäume und stellten damit einen neuen Weltrekord auf. Jeder Freiwillige pflanzte durchschnittlich acht Bäume in der Minute und verpflichtete sich gleichzeitig, diese über die nächsten sechs Jahre zu pflegen. Es wurden hauptsächlich Himalaja-Kiefern und Zypressen gepflanzt.

Premierminister in Brüssel

Der Außenminister Bhutans, Lyonchhen Tshering Tobgay, begab sich auf Einladung von Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, vom 02.–05.06.2015 nach Brüssel, um an den Europäischen Entwicklungstagen (*European Development Days*, EDD) teilzunehmen. Die 2006 eingeführten EDD führen internationale Stakeholder zusammen, um über aktuelle globale Themen wie zum Beispiel den Klimawandel zu debattieren. Im Zuge bilateraler Abkommen zwischen Luxemburg und Bhutan fand ein Treffen zwischen dem luxemburgischen Premierminister Xavier Bettel und Lyonchhen statt. Bhutan unterhält seit dem Jahre 1985 diplomatische Beziehungen zur Europäischen Union

und wird im Zeitraum 2014 bis 2020 mehr als 42 Millionen Euro von deren Entwicklungshilfe beziehen.

Bhutan wird zum Zentrum für illegalen Menschenhandel

Nach neuesten Einschätzungen des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (*United Nations Office on Drugs and Crime*, UNODC) entwickelt sich nach Nepal nun Bhutan rapide zu einem neuen Zentrum für illegalen Menschenhandel und Kinderarbeit. Aus diesem Grund schloss sich die UNODC mit der indischen paramilitärischen Gruppe *Sashastra Seema Bal* (SSB) zusammen, um die Grenzen zu Indien besser zu kontrollieren und Grenzposten besser zu schulen. Besonders der Handel mit Kindern aus Bhutan nach Nepal und Indien soll unterbunden werden.

Bericht zur Rolle medizinischer Pflanzen

Medizinische Pflanzen stehen unter dem Schutz der Verfassung Bhutans. Welche Rolle genau diese für Bhutan und die Medizin spielen, will ein erstmaliger informeller Bericht von Dr. Phurpa Wangchuk klären. Sein Anfang Juni 2015 veröffentlichter Bericht basiert unter anderem auf traditioneller und wissenschaftlicher Literatur, Forschungsergebnissen, staatlichen Informationen und gesetzlichen Richtlinien. Seinem Bericht zufolge generiert der Anbau von medizinischen Pflanzen in Bhutan ein hohes Einkommen für die lokalen Bauern und trägt somit zum wirtschaftlichen Wachstum bei. Weiter stellt er eine medizinische Versorgung der Einwohner Bhutans und die Erhaltung traditioneller Medizin sicher. Insgesamt haben medizinische Pflanzen einen hohen Stellenwert für die sogenannten Biodiversitätsprojekte Bhutans und für das Bruttonationalglück.

Mehr Arbeiter nach Kuwait

Anfang Juni 2015 hat der bhutanische Nationalrat entschieden, noch in diesem Jahr weitere 400 bhutanische Arbeiter nach Kuwait zu entsenden. Lyonpo Ngeema Sayngay Tshempo, Minister für Arbeit und Personal, entgegnete allgemeiner Kritik, damit dass es bei den zuvor in den Nahen Osten entsandten Arbeitern zu keinerlei Problemen gekommen sei.